

Hauptgrund zu sein, warum sie sich – zumindest nach draußen – aus der Kritik an der Regierung herausgehalten haben. Sie haben aber auch nicht die Opposition kritisiert, was sie ja auch tun könnten. Ich weiß aber, daß die Kirchen sehr deutlich ihre entwicklungspolitischen Vorstellungen der Bundesregierung und auch der Opposition mitgeteilt haben.

HK: Daß die Kirchen die Opposition nicht kritisiert haben, trifft so nicht zu. Zwar war es eine andere Ausgangsposition, doch als die entwicklungspolitischen Leitlinien der CDU vorgelegt wurden, haben die Kirchen sehr dezidiert Stellung bezogen und z.T. massiv Kritik geübt...

Todenhöfer: ... auf unseren Wunsch hin, das war eine völlig andere Situation. Wir haben einen Zwischenbericht vorgelegt und ihn den Kirchen und anderen Organisationen zugestellt und um Kritik gebeten. Dann haben die Kirchen eine Reihe von Anregungen gegeben, die eingearbeitet worden sind, z.B. Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit, verstärkte Hilfe für die Unterstützung der freien Träger. Ansonsten verfolgen die Kirchen, mit denen ich auch einen immer sehr erfreulichen Kontakt habe, die Strategie, intern auf die Parteien und auf die Regierung einzuwirken. Ich halte das für ein adäquates Konzept.

HK: Kommt die Kritik nicht indirekt auch darin zum Ausdruck, daß kirchliche Stellungnahmen zur neuen Weltwirtschaftsordnung und auch zum Integrierten Rohstoffprogramm in letzter Zeit anders ausfallen als die entsprechenden Stellungnahmen der CDU?

Todenhöfer: Aber auch anders als die Stellungnahmen der Bundesregierung! In ihrem Memorandum vor Nairobi zur Neuen Weltwirtschaftsordnung sprechen die Kirchen von einer *sozial verpflichteten* Weltwirtschaftsordnung. Das ist nicht weit von unserer Forderung nach einer Internationalen Sozialen Marktwirtschaft entfernt. Und in ihren Einzelstellungnahmen haben die Kirchen teilweise Forderungen der Entwicklungsländer begrüßt und teilweise kritisiert oder gar in Frage gestellt. Ich habe das Memorandum auch da, wo ich nicht derselben Auffassung bin, mit großer Freude gelesen, weil es mit großem Engagement und großer Sachkenntnis geschrieben war. Ich glaube, daß sich keine Partei dieses gemeinsame Papier der beiden Kirchen mehr an den Hut stecken kann und das auch nicht tun sollte. Man sollte die Kirchen nicht mißbrauchen für unsere eigenen Stellungnahmen. Die Kirchen sollten ihre

neutrale Rolle so weiterspielen, wie sie das bisher vorzüglich getan haben.

HK: In Ihrem Buch haben Sie einen besonderen Passus dem Thema Wachstum und Lebensqualität gewidmet und dabei „Apostel der Lebensqualität“ und „Verfechter der Lebensqualitätsideologie“ abqualifiziert und das Null-Wachstum als einen politischen Offenbarungseid eingestuft. Auf der anderen Seite kommen aus den Kirchen heraus immer häufiger Anregungen zur Bildung von Gruppen, die sich bewußt im Konsum einschränken und einen einfacheren Lebensstil propagieren. Und das Motto von Misereor lautete dieses Jahr: „Anders leben, damit andere überleben“. Ist das nicht auch ein Beweis für die fortgesetzte Entfremdung zwischen Ihrer Partei und den Kirchen auf diesem Gebiet?

Todenhöfer: Ich glaube wirklich, daß das Null-Wachstum eine Einbahnstraße ist. Denn wenn Sie beim Null-Wachstum den Entwicklungsländern mehr geben wollen, dann müssen Sie unseren Bürgern etwas wegnehmen, d.h., Sie müssen enteignen. Und Entwicklungshilfe läßt sich wie alle sozialen Maßnahmen viel leichter leisten, wenn sie vom Zuwachs geleistet wird. Im übrigen hat jeder das Recht, für seine persönliche Philosophie sehr bescheiden und mit ganz geringen Ansprüchen zu leben. Nur ist die Frage, ob ich das auch von anderen verlangen kann. Und insofern habe ich gar nichts dagegen, wenn Herr Eppler sagt, wir brauchen keine 200 oder 300 Wurstsorten, sondern nur drei. Das mag für ihn richtig sein, aber er soll es nicht von anderen erzwingen wollen. Und wenn jemand sich entschließt, Mönch zu werden, dann ist das ein hochlöblicher Entschluß, wirklich eine der großen Alternativen, die jemand für sein Leben fassen kann. Aber es wird barbarisch, wenn Menschen dazu gezwungen werden, Mönche zu werden. Doch jetzt zur volkswirtschaftlichen Frage. Wenn wir Null-Wachstum hätten, weniger produzieren würden, dann würden unsere Arbeitnehmer weniger Geld verdienen. Dann könnten sie auch weniger kaufen – auch von den Entwicklungsländern. Das ist also volkswirtschaftlich eine Fehlrechnung. Was den Appell von Misereor betrifft, so möchte ich ihn jetzt nicht interpretieren. Ich glaube aber, daß er sehr viel Richtiges enthält, denn wenn man sich dazu entschließen würde, einen bestimmten Betrag des Einkommens für die Entwicklungsländer auszugeben, dann wäre das eine wertvolle Hilfe. Aber Null-Wachstum ist für die Entwicklungsländer schädlich.

Zugeständnisse an die Entwicklungsländer nötig

HK: Herr Dr. Holtz, können Sie kurz umreißen, welchen Stellenwert Entwicklungspolitik und Entwicklungshilfe innerhalb der SPD einnehmen?

Holtz: Der Stellenwert der Entwicklungspolitik in der

SPD war bis vor kurzem nicht größer als der Stellenwert, der ihr in der breiten Öffentlichkeit zukommt. Das heißt also, daß die Entwicklungspolitik bis vor einigen Jahren nur eine marginale Rolle im Gesamtspektrum der Politik gespielt hat. Aber seit 1973, seit dem Erdölschock, dieser

„Oktoberrevolution“ der weltwirtschaftlichen Beziehungen, hat sich doch eine Verschiebung ergeben, und die Entwicklungspolitik hat aus verschiedenen Gründen größere Bedeutung erlangt. Erstens, weil wir in der Bundesrepublik erkennen, wie notwendig eine partnerschaftliche Zusammenarbeit besonders mit benachteiligten Staaten ist, von denen wir auf mehreren Gebieten abhängen. Denn wir sind ein rohstoffarmes und stark exportorientiertes Land. Zweitens hat die Bedeutung zugenommen, weil die Bundesrepublik im Verein mit anderen Industriestaaten erkannt hat, daß das internationale Wirtschafts-, Währungs- und Handelssystem nicht mehr den Ansprüchen genügt – eigentlich noch nie genügt hat –, eine solidarische Weltwirtschaft im Weltmaßstab aufzubauen, und daß deshalb eine strukturelle Veränderung nottut. Drittens haben wir gerade in der Phase einer weltweiten Rezession oder zumindest weltwirtschaftlichen Turbulenzen die gegenseitige Abhängigkeit erkannt. Es handelt sich zwar um eine asymmetrische Interdependenz, doch hat sich der Eindruck verdichtet, daß wir Lösungen für die *eine* Welt anstreben müssen, die nicht auf vormundschaftlicher Option beruhen und auch nicht weiter beruhen können auf Hinhalte- oder Gummiwandtaktiken und -strategien, sondern darauf zielen, eine fundamentale Veränderung und Verbesserung der internationalen Beziehungen und besonders der Wirtschaftsbeziehungen durchzusetzen.

HK: Wie reagiert aber nun ihre Partei auf solche Vorstellungen? Man hat nicht den Eindruck, als sei die entwicklungspolitische Konzeption an der SPD-Basis sehr bekannt und werde dort ohne weiteres akzeptiert.

Holtz: Die entwicklungspolitische Aktivität und Sensibilisierung der SPD hat erheblich zugenommen. So gab es schon eine erste Konsequenz auf dem Bundesparteitag in Mannheim 1975, wo die SPD in einer Entschließung über die auswärtigen Beziehungen die Nord-Süd-Fragen an die erste Stelle gesetzt hat vor Europapolitik, Verteidigungspolitik, atlantische Politik, Ostpolitik usw. Die zweite war, daß die SPD sich verstärkt auch in außenpolitischen Fachkonferenzen der Entwicklungspolitik zugewandt hat. Schließlich wird die SPD am 1. und 2. September dieses Jahres einen entwicklungspolitischen Fachkongreß abhalten, um dort nicht nur eine international besetzte Diskussion zu führen, sondern auch, um entwicklungspolitische Leitlinien für die kommenden Jahre zu erarbeiten. Die Entwicklungen in Chile oder im südlichen Afrika z. B. interessieren immer mehr Parteimitglieder.

„Immer mehr erkennt man in der SPD, daß die Friedenspolitik im Grunde genommen drei Pfeiler haben muß“

HK: Damit nehmen Sie mir eine Frage vorweg. Denn in der Öffentlichkeit mußte der Eindruck entstehen, als spiele die Entwicklungspolitik in der SPD eine untergeordnete Rolle, weil sie bisher – im Gegensatz zur CDU –

noch keine entwicklungspolitische Konzeption vorgelegt hat ...

Holtz: Es darf natürlich nicht vergessen werden, daß die SPD als bislang einzige große Partei sich darum bemüht hat, ein mittel- und langfristiges Programm, den sog. Orientierungsrahmen '85, zu entwerfen, in dem Nord-Süd-Fragen eine wichtige Rolle spielen, weil wir erkannt haben, daß die Entwicklungspolitik eine Art Brennglas ist, in dem verschiedene Arten von Politik, nämlich sowohl Handels-, Struktur- und Arbeitsmarktpolitik als auch Außen-, Wirtschafts-, Rohstoff- oder Finanzpolitik zusammenströmen. Und es gibt zweifelsohne auch noch sicherheitspolitische Aspekte; denn immer mehr erkennt man in der SPD, daß die Friedenspolitik im Grunde genommen drei Pfeiler haben muß. Der eine Pfeiler ist die westliche, die atlantische Politik. Der zweite Pfeiler ist die Ostpolitik, an dem noch gearbeitet werden muß. Und der dritte Pfeiler steht im Süden, und dort hat man das Fundament ausgehoben und Friedenspolitik eben nicht nur verstanden als Abwesenheit von Krieg, sondern auch – positiv definiert – als Schaffung von mehr sozialer Gerechtigkeit im Weltmaßstab und damit auch als Abbau von struktureller Gewalt. Und wenn die Bundesregierung immer von Gewaltverzicht spricht, so würde ich mir wünschen, daß in die inhaltliche Ausfüllung nicht nur der Verzicht auf direkte, sondern auch der Verzicht auf diese institutionelle Gewalt miteingeht, die über das Weltwirtschafts-, Handels- und Währungssystem ausgeübt wird.

HK: Nun steht die SPD – zusammen mit der F.D.P. – in der Regierungsverantwortung, und es war in den letzten Wochen und Monaten interessant zu beobachten, daß gerade aus der SPD-Fraktion heftig Kritik geübt worden ist an einigen entwicklungspolitischen Entscheidungen oder Nichtentscheidungen der Regierung. Sie selbst haben sich häufig an dieser Kritik beteiligt. Worauf zielt sie in erster Linie?

Holtz: Zunächst will ich noch darauf hinweisen, daß die Entwicklungspolitik auch *parlamentarisch* aufgewertet worden ist, u. a. dadurch, daß der Ausschuß von bisher 19 auf 23 Mitglieder in dieser Legislaturperiode vergrößert worden ist. Ich habe besonders das unzureichende Volumen der Entwicklungshilfe kritisiert; wir haben nämlich nur rund die Hälfte der international gesetzten Wegstrecke, nämlich 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts zur Verfügung zu stellen, erreicht. Und es sieht so aus, als ob wir in den nächsten Jahren noch darunter sinken würden, falls die Finanzplanung nicht nach oben revidiert wird. Meine Kritik galt aber nicht nur der Bundesregierung. Das vornehmste Recht des Parlaments ist das sogenannte Budgetrecht. Wenn das Parlament keine andere Prioritätenverteilung haben will, dann ist die Kritik auch an uns, an die Sozialdemokraten, die Freien Demokraten und die Christdemokraten zurückzugeben. Es steht in unserer Macht, z. B. den Entwurf des Haushaltsplans 23 „Wirtschaftliche Zusammenarbeit“ zu verändern, aufzustocken,

anders darzustellen. Erste, wenn auch bescheidene Zeichen künden sich jetzt anlässlich der Haushaltsberatungen an. Und ich habe gefragt, wie wir eigentlich als Bundesrepublik aus dem Nord-Süd-Dialog in Paris herauskommen wollen, wenn schon mit keinen großen ordnungspolitischen Zugeständnissen unsererseits zu rechnen ist. Die Industrienationen müßten doch wenigstens ein großzügigeres Angebot machen, was das Hilfevolumen angeht. Die auf dem Londoner Wirtschaftsgipfel angekündigte Sonderaktion in Höhe von einer Milliarde Dollar ist nur ein erster Schritt. Wie wollen wir ohne mehr Mittel zukünftige Aufgaben meistern, besonders im südlichen Afrika? Wie wollen wir den Entwicklungsländern gerade bei der Stabilisierung der Rohstoffpreise entgegenkommen, ohne mehr Haushaltsmittel zur Verfügung zu stellen? Ich erinnere daran, daß die Exporterlösstabilisierung im Rahmen der Konvention von Lomé aus Haushaltsmitteln bezahlt wird. Eigentlich ist eine Art Marshallplan für die Dritte Welt notwendig.

HK: Nun begründen das Kabinett und besonders der Finanzminister ihre ablehnende Haltung gegenüber einer Aufstockung der Entwicklungshilfe hauptsächlich mit der angespannten Finanzlage und damit beschränkten Mitteln. Sehen Sie dennoch Alternativen?

Holtz: Ich habe folgende Möglichkeiten dargestellt: Erstens die Forderung, die Zinsrückflüsse aus Geldern, die die Entwicklungsländer in Form von Kapitalkrediten und Kredithilfen bekommen und die bis jetzt noch in den allgemeinen Haushalt zurückfließen, voll wieder für die Entwicklungszusammenarbeit (übrigens ein besserer Ausdruck als Entwicklungshilfe) einzusetzen. Zweitens den Vorschlag, wir sollten uns bemühen, auch außerhalb des Haushalts Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit zu mobilisieren. Ich habe dabei an das ERP-Sondervermögen gedacht, also an die ehemalige Marshallplanhilfe, aus der wir Deutsche ja ein Sondervermögen gebildet haben. Aus einem revolvingen Fonds werden heute immer noch zwischen zweieinhalb und drei Milliarden DM an zinsgünstigen Krediten an die Wirtschaft, an Berlin, ja sogar an vertriebene Apotheker gegeben. Vor dreißig Jahren hat George Marshall einen guten Plan zum Wiederaufbau im zerstörten Europa entworfen, der nach dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ funktionierte. Wir haben diese Selbsthilfe genutzt, und gleichzeitig diente er auch den Eigeninteressen der Amerikaner. Ich meine, nach dreißig Jahren muß man sich doch fragen lassen als Deutscher, was wir jetzt mit *den* Mitteln machen, die wir damals für *unseren* Wiederaufbau bekommen haben. Ob wir nicht bereit sind, diese Mittel etwa zum Wirtschaftsaufbau in anderen bedrohten und zumeist unverschuldet in Not geratenen Ländern zur Verfügung zu stellen?

HK: Wie sind die Reaktionen auf diesen Vorschlag seitens der Regierung und seitens der Opposition?

Holtz: Der Finanzminister hat deutlich darauf hingewie-

sen, er würde es den Parlamentariern nicht leicht machen. Denn natürlich bedeutet der Einsatz der Zinsrückflüsse von etwa 300 Millionen DM, daß diese 300 Millionen woanders im Bundeshaushalt eingespart werden müssen. Er erwartet, daß das Parlament selbst Vorschläge macht, woher das Geld kommen soll. Auf jeden Fall lasse ich mich nicht so leicht durch Argumentationen wie jene abspesen, daß eine verstärkte Entwicklungshilfe gleichzeitig bedeuten würde, die Nettokreditaufnahme müßte erhöht werden. Das muß ja nicht der Fall sein, wir haben doch in vielen Bereichen auch Umstrukturierungen innerhalb des Haushalts. So habe ich z.B. in der Fraktion dagegen gestimmt, den Freibetrag für die Eltern studierender Kinder zu erhöhen. Das kostet wieder Millionen, die etwa der Entwicklungshilfe verloren gehen. Die Fraktion ist dabei, zu prüfen, wie man zu Umschichtungen kommen kann. Außerdem hat eine Arbeitsgruppe eine Anhörung mit Vertretern der Wirtschaft, der Banken und der Kirchen geführt, bei der wir die Möglichkeit geprüft haben, bei Parallelität der Interessen verstärkt ERP-Mittel so einzusetzen, daß sowohl unsere Klein- und mittelständische Industrie als auch die Entwicklungsländer davon profitieren. Die Opposition hat in einer großen Anfrage nach den Konsequenzen der Überlegungen aus der SPD-Fraktion gefragt. Sie hat also ein starkes Interesse daran, ist aber in der Rückhand, was die entwicklungspolitische Diskussion besonders um das Volumen angeht, da sie nie konkrete Vorstellungen auf den Tisch gelegt hat. Ich würde mich freuen, wenn mit Hilfe des laut Bundesrechnungshof nicht mehr sinnvoll eingesetzten ERP-Vermögens und zusätzlicher auf dem Kapitalmarkt aufzunehmender Mittel die Entwicklungshilfe in diesem Jahr doch noch um ca. 100 oder 200 Millionen DM aufgestockt werden könnte.

„Es ist unerlässlich, neben der Neuen Weltwirtschaftsordnung eine neue Sozial- und Kulturordnung aufzubauen“

HK: Die Diskussion um die Neue Weltwirtschaftsordnung ist zur Zeit in vollem Gange. Wie sieht die Position der SPD aus, die sich doch offensichtlich in vielen Punkten von der unterscheidet, die die Regierung vertritt?

Holtz: Ich bin der Auffassung, daß bei der Errichtung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung auf gemischtwirtschaftliche Instrumente nicht verzichtet werden kann: Preisstabilisierende Rohstoffabkommen, ein Gemeinsamer Fonds (der mehr sein muß als eine reine Verrechnungsstelle zwischen Einzelabkommen mit Ausgleichslagern) und ein inhaltlich wie geographisch über Lomé hinausgehendes Modell der Exporterlösstabilisierung sind dabei wichtige Elemente. Zu einer Neuordnung der Weltwirtschaft gehört auch die Machteindämmung der transnationalen Konzerne, vor allem durch den Aufbau von Gegenmacht- und Kontrollstrategien seitens der Gewerkschaften und der Regierungen, sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene. Lassen Sie mich bitte

noch kurz darauf hinweisen, daß ich neben einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung es für ebenso unerläßlich halte, eine neue Sozial- und Kulturordnung aufzubauen.

HK: Es ist wohl nicht zu übersehen, daß die Regierung bei den entsprechenden Konferenzen eigentlich immer nur abgewartet hat, ohne konkret Position zu beziehen oder von sich aus Alternativen zu unterbreiten. Ist die SPD eher bereit, Zugeständnisse im Sinne der Entwicklungsländer zu machen?

Holtz: Ja, Zugeständnisse in beiderseitigem Interesse und zu beiderseitigem Vorteil, wobei man weiß, daß man Benachteiligten erst größere Startvorteile einräumen muß, damit es überhaupt zu einer Chancengerechtigkeit kommt. Im übrigen bin ich es leid, auf internationalen Konferenzen die Länder der Dritten Welt mit Schlagworten abzuspiesen wie „Internationale Soziale Marktwirtschaft“ – ein Begriff, den die CDU/CSU propagiert. Ein mögliches *Mittel beim Aufbau* einer neuen Wirtschaftsordnung kann eine internationale Marktwirtschaft sein, aber eben doch nur ein Mittel. Die Opposition scheint mir eine Diskussion zu führen, die sehr im dogmatisch- und ideologisch-marktwirtschaftlichen begründet liegt und die schon Fetisch-Charakter angenommen hat. Ihr scheint es gar nicht darum zu gehen, den Entwicklungsländern wirklich bessere Positionen einzuräumen. Ich frage mich, wie können wir erreichen, daß krasse Einkommensungerechtigkeiten zwischen und innerhalb der Länder aufgehoben werden können? Innerhalb der Länder kann ein Außenstehender nicht sehr viel tun. Ich kann aber entscheiden, ob ich etwa als Entwicklungspolitiker dem Land X Entwicklungshilfe gebe, obwohl ich weiß, daß nur eine Clique davon profitiert, oder dem Land Y, weil ich weiß, daß es eine Strategie der Befriedigung der existentiellen Grundbedürfnisse betreibt und die Hilfe besonders den verarmten Massen der Bevölkerung zugute kommen läßt. Aber im internationalen Rahmen muß ich doch sehen, daß ich an Glaubwürdigkeit verliere, wenn ich von internationaler Marktwirtschaft spreche, einer ordnungspolitischen Reorganisation der Entwicklungsländer das Wort rede, aber gleichzeitig keine relevanten sozialen, auf mehr Gerechtigkeit zielende Komponenten anbiete. So wie wir in der Bundesrepublik stolz darauf sind, ein soziales Netz geschaffen zu haben, und in Europa dies im Regionalfonds oder im Sozialfonds der EG versuchen, genauso muß man doch die Frage stellen, wo gibt es ein vergleichbares Angebot für die Länder der Dritten Welt? Und da ist eben Fehlanzeige bei der Opposition bis auf ein Element, nämlich das Exporterlösstabilisierungsmodell, gegen das sie jedoch immer noch Bedenken anmeldet.

HK: Die CDU hat andererseits aber auch konsequenzenreiche Vorstellungen zu einer internationalen Arbeitsteilung entwickelt. Wie sieht die Stellung der SPD bezüglich dieser Frage und der damit verbundenen Folgerung aus,

Teilbereiche einzelner Branchen bei uns zugunsten der Entwicklungsländer aufzugeben?

Holtz: Wir müssen zu sozial- und einkommenspolitischen Korrekturen und damit auch zu dementsprechenden Instrumenten bereit sein. Ich meine, die Bundesrepublik sollte ein prinzipielles Ja zum Integrierten Rohstoffprogramm und auch zum Gemeinsamen Fonds abgeben, um dann auch selbst aktiv für die Ausgestaltung dieser zum Teil doch noch sehr im Nebel liegenden Idee zu sorgen und Partner dafür zu finden. Klar ist, daß es zu Umstrukturierungen in der Bundesrepublik kommen wird. Wie aber haben diese auszusehen? Es ist sehr gewagt – wie manche Institute das tun – vorauszusagen, daß etwa die Textil-, Bekleidungs-, Holzverarbeitende, optische und feinmechanische sowie Spielzeugwarenindustrie keine Chance mehr haben, weil niemand so langfristig verläßlich planen oder vorausschauen kann. Dennoch müssen wir eine vorausschauende Strukturpolitik betreiben, da die Entwicklungsländer nicht länger in die Rolle bloßer Rohstofflieferanten gepreßt werden können. Der Trend, von der vertikalen zu einer horizontalen internationalen Arbeitsteilung zu gelangen, muß verstärkt werden. In einigen Branchen in der Bundesrepublik wird der Wettbewerbsdruck von seiten der Entwicklungsländer noch zunehmen. Dennoch kann diese Bedrohung gemeistert werden. Die größte Konkurrenz haben wir doch nicht von Indien oder von den Fidschi-Inseln, sondern von hochindustrialisierten Ländern, wie Japan, den USA, Frankreich, den Benelux-Staaten, der Schweiz. Aber gerade mit diesen Ländern haben wir den höchsten Warenaustausch. Also ist die Befürchtung, die viele auch in der Bevölkerung haben, wir züchteten uns starke Partner, die uns nachher erdrücken, widerlegt durch die Erfahrung, daß gerade stärkere Partner bessere Partner sind.

HK: Sie haben vor einiger Zeit zu einem Allparteienbündnis in Fragen der Entwicklungshilfe aufgerufen. Sehen Sie angesichts der offensichtlichen Differenzen in der Anschauung und in den Modellen überhaupt eine Möglichkeit für die Verwirklichung eines solchen Bündnisses?

Holtz: Es gibt Bereiche, in denen alle Parteien an einem Strang ziehen. So die Einsicht, daß der Nord-Süd-Politik noch größere Bedeutung auch im parlamentarischen Raum zukommen muß, daß die Hilfeanstrengungen von unserer Seite verstärkt werden müssen, obwohl wir etwa sehen, daß durch die Öffnung der Märkte alleine zweihundert Millionen DM an Zolleinnahmen dem Fiskus verlorengehen. Wir alle erkennen den großen Stellenwert der Entwicklungspolitik bei der Friedensstabilisierung. Viele entwicklungspolitischen Probleme sind auch nicht kontrovers. Nur da, wo die Entwicklungspolitik anscheinend einen guten Knüppel für die innenpolitische Auseinandersetzung abgeben kann, sehe ich, daß dieser Knüppel reichlich genutzt wird von Teilen der Opposition. Etwa, wenn es darum geht, Länder zu unterstützen, die nicht dieselben Ordnungsvorstellungen haben wie wir.

HK: Soll also Entwicklungshilfe völlig unabhängig vom System, eventuell auch völlig unabhängig von den dort verwirklichten oder nicht verwirklichten Menschenrechten gegeben werden? Oder würden Sie auch eine Art Radikalenerlaß in irgendwelchen Bereichen akzeptieren?

Holtz: Die CDU/CSU ist ja dabei, uns diesen entwicklungspolitischen Radikalenerlaß aufzupropfen. Wir haben die Freiheit zu entscheiden, ob wir als Bundesrepublik einem Land Entwicklungshilfe geben, und das Land kann sagen, ob es die Hilfe will oder nicht. Vietnam z. B. will von uns Hilfe, Chile will von uns Hilfe. Dazu müssen wir unsere Kriterien heranziehen. Wir haben einige in der entwicklungspolitischen Konzeption der Bundesregierung, die ich voll unterstütze. Nämlich etwa: kommt die Zusammenarbeit der Mehrheit der Bevölkerung zugute, und ist die Aufnahmefähigkeit groß genug für die Hilfe? Ich kann nicht in jedes Land Hunderte von Millionen stecken – Ruanda-Burundi etwa wäre völlig überfordert. Wie steht es mit den Eigenanstrengungen der Entwicklungsländer? Ich würde hinzufügen, ist man zu Strukturreformen bereit, wird besonders die ländliche Entwicklung gefördert, und wie ist die Lage der Menschenrechte? Diese haben natürlich verschiedene Aspekte: Einmal die sog. bürgerlichen Freiheiten; es gibt aber auch soziale Menschenrechte, so etwas wie ein Recht auf Freiheit von Hunger, Not und Furcht. Was nützt das Recht auf freie Meinungsäußerung, wenn ich nicht lesen kann? Was nützt es, wenn ich mich politisch betätigen kann, aber nicht genügend zu essen habe? Ich hänge keinem Rigorismus an, der sagt, überall wo die Menschenrechte – die sozialen wie die bürgerlichen – verletzt werden, geben wir keine Entwicklungshilfe mehr. Menschenrechte, die Schwere der Verletzung, sollten ein Kriterium bei der Beurteilung der Vergabe von Entwicklungshilfe sein. Im Falle Chiles z. B. spielt es sicherlich eine Rolle, daß es eine lange demokratische Tradition gab. Insofern war Chile wirtschaftlich, nicht jedoch politisch ein Entwicklungsland und damit anders zu beurteilen als beispielsweise die Zentralafrikanische Republik.

HK: Aber wie steht es mit dem Beispiel Indien, das doch damals in die Diskussion gekommen ist, nachdem Minister Bahr dort war? Hätte dort nicht dasselbe Prinzip angewandt werden müssen, da eine bestehende Demokratie ausgeschaltet wurde?

Holtz: Ja, sehen Sie, Minister Bahr wurde unterstellt, er hätte eine Doktrin daraus gemacht, einem Land, in dem vorher die Menschenrechte beachtet wurden, nach Einengung der Freiheit keine Entwicklungshilfe mehr zu geben. Ich meine, das ist sicherlich ein wichtiges Kriterium, doch muß man den Einzelfall sehen. Ich möchte jetzt Hilfe für Chile verhindern, weil sie die Junta stärkt, eine Junta, die auf dem Rücken der Mehrheit der Bevölkerung eine wirtschaftliche Konsolidierungspolitik betreibt – auf Anraten der „Chikago-Boys“. Da werden schon mehrere für mich wichtige Prinzipien mit Füßen getreten. Ich habe nichts

dagegen, wenn etwa über den Weltkirchenrat Projekte gefördert werden, in denen sich etwa in Kommunikationszentren in Chile demokratischer Geist weiter entfalten kann.

„Wenn es stimmt, daß wir aufeinander angewiesen sind, dann muß man zu einer glaubwürdigeren Politik kommen“

HK: Es ist in letzter Zeit auch die Rede gewesen von einem Entwicklungsgesetz, das von Ihrer Seite vorgeschlagen worden ist. Worum geht es dabei?

Holtz: Ich habe ein „Gesetz zur Entwicklungszusammenarbeit“ deshalb vorgeschlagen, weil ich erstens der Auffassung bin, daß dieses Parlament deutlich machen muß, welchen Stellenwert es der Nord-Süd-Politik einräumt. Solche gesetzlichen Bestimmungen oder Entwicklungshilfegesetze gibt es in mehreren Ländern, so in Skandinavien und der Schweiz. Zweitens müßten Prinzipien vom Gesetzgeber festgeschrieben werden, nach denen sich die Regierungspolitik zu richten hat. Dadurch würde auch die parlamentarische Kontrolle erhöht. Die entwicklungspolitische Konzeption ist eine Konzeption, die die Bundesregierung erstellt hat, obwohl es immer groß heißt: Konzeption der Bundesrepublik Deutschland. Drittens würde dann der entwicklungspolitische Bericht, der alle zwei Jahre erstellt wird, auch stärker an diesem Gesetz und an diesen Zielvorstellungen gemessen werden können. Letztlich würden die Wirkung nach draußen und die besondere Bedeutung eines eigenständigen Ressorts unterstrichen.

HK: Einmal unterstellt, daß die Fraktion Ihre Position unterstützt, ergibt sich doch, daß diese dann eine andere Position bezieht als der Bundeskanzler ...

Holtz: Der Bundeskanzler hat in seiner neuen Regierungserklärung deutlichere und ausführlichere Passagen über die Nord-Süd-Politik als je zuvor. Es findet sich darin ein dreifacher Schwur, den ich voll unterstreiche und von dem ich mir wünsche, daß er ebenso eingehalten wird wie die anderen programmatischen Aussagen. Nämlich: für einen verstärkten Ressourcentransfer einzutreten, besonders zugunsten der ärmsten Entwicklungsländer, bei der Frage der internationalen Arbeitsteilung zu einer Verbesserung der Situation der Entwicklungsländer zu kommen, und drittens die Entwicklungshilfe allgemein zu erhöhen. Von daher bin ich also sehr zufrieden mit dieser Regierungserklärung. Nur „erklären“ und „tun“ sind zwei Dinge. Ich wünsche mir, daß das zweite jetzt doch relativ rasch nachfolgt. Was ich nicht verstehen kann, ist, daß man auf der einen Seite immer wieder beteuert – selbst der Bundespräsident macht das, und ich freue mich darüber –, daß die Dritte Welt wirtschaftlich für uns notwendig ist, daß nachher aber, wenn es um das Cash geht, auf einmal eine vornehme Reserviertheit herrscht. Da ist ein Bruch – auch in der Argumentation. Wenn es stimmt, daß wir auf-

einander angewiesen sind und daß auch moralische, solidarische Motive eine Rolle spielen, dann muß man zu einer glaubwürdigeren Politik kommen. Immerhin hat die Bundesregierung dafür gesorgt, daß im Rahmen des internationalen Währungsfonds positivere Regelungen für die Entwicklungsländer durchgesetzt wurden, daß das allgemeine Zollpräferenzsystem vorteilhafter gestaltet worden ist und die Konvention von Lomé verabschiedet wurde. Also gibt es durchaus Punkte, die auf der Habenseite klar zu Buche schlagen. Aber mir ist dies noch zu wenig.

HK: Nun steht die SPD auch im Spannungsverhältnis zu verschiedenen Organisationen und Institutionen. Wie steht es um Kooperation oder Konfrontation in bezug auf die Kirchen, Gewerkschaften – die Opposition haben Sie ja schon erwähnt – und ideologische Gruppierungen verschiedenster Art?

Holtz: Die Öffentlichkeitsarbeit nutzt nicht sehr viel, wenn es nicht gelingt, zusammen mit den Arbeitnehmern deutlich zu machen, daß es gleichartige Interessen der Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik und in vielen Ländern der Dritten Welt gibt. Deshalb hat der Parteivorstand der SPD seit kurzer Zeit eine entwicklungspolitische Kommission unter dem Vorsitz Egon Bahrs, in der Vertreter der Gewerkschaften mitarbeiten, eingesetzt. Zum anderen gibt es einige Gruppen, die eigentlich die entwicklungspolitische Lobby in der Bundesrepublik darstellen. Dies sind neben studentischen und Jugendgruppen besonders die Kirchen, mit denen wir als Ausschuß stärker als bisher den Dialog führen. Erst kürzlich sind wir anläßlich eines Gesprächs bei den Zentralstellen der Kirchen übereingekommen, zu einer *dauerhafteren* gegenseitigen Information und Abstimmung entwicklungspolitischer Zielvorstellungen und Realisationen zu gelangen. Ein weiterer Bereich sind alle anderen staatlich nachgeordneten Institutionen, die eine starke Rolle nicht nur als Multiplikatoren hier in der Bundesrepublik, sondern gerade bei der Entwicklung in den Ländern der Dritten Welt spielen, weil sie im Gegensatz zu mancher Gigantomie im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit kleine, aber ganz effiziente Projekte machen.

HK: Bei den augenblicklichen Diskussionen um die Entwicklungspolitik, bei denen Rohstofffonds und Internationale Wirtschaftsordnung bestimmend sind, kommt die Frage der personellen Hilfe wohl zu kurz. Welche Rolle spielt diese Frage in Ihrer entwicklungspolitischen Konzeption?

Holtz: Entwicklungszusammenarbeit findet auf verschiedenen Ebenen statt. Wir haben einmal die weitere Form, also den Handels-, Währungs- und Wirtschaftssektor. Bei uns im Ausschuß wird dieser Bereich jetzt immer stärker in den Vordergrund gerückt, was sicherlich richtig ist. Aber der entwicklungspolitische Bereich *sui generis*, nämlich die finanzielle und technische Zusammenarbeit sowie die multilaterale Hilfe, die wir über internationale Organi-

sationen und Institutionen abwickeln, besteht natürlich fort. Im Grunde genommen ist – grob gesprochen – jeweils ein Drittel der Finanzmittel für jeden dieser Bereiche der Entwicklungspolitik im engeren Sinne vorgesehen. Die technische Zusammenarbeit wird immer wichtiger, weil die Entwicklungsländer erkennen, daß es nicht genügt, hoch entwickelte Technologien zu liefern. Die administrative Infrastruktur ist wichtig. Wir sehen die große Bedeutung der sogenannten Entwicklungshelfer oder der viel besser bezahlten Experten, die draußen z.B. unter schwierigen Bedingungen arbeiten und Anstöße geben. Sie vermitteln den Entwicklungsländern technisches und Management-Know-how sowie personelles Know-how. Wohl mit Recht haben wir deshalb im Ausschuß die neuen Grundsätze zur technischen Zusammenarbeit gutgeheißen, die jetzt von der Bundesregierung angewandt werden.

„Von den Kirchen erwarte ich eine nicht so auf die egoistischen Interessen abstellende Betrachtung der Rohstoffproblematik“

HK: Sie haben vorhin sehr positive Worte über die Arbeit der Kirchen gefunden. Wie kann man sich aber erklären, daß bis heute keine Stellungnahme der SPD zu dem Memorandum der Kirchen zu UNCTAD IV in Nairobi im vergangenen Jahr vorliegt und daß der SPD-Vorsitzende Willy Brandt lediglich in einem Brief den Erhalt bestätigte und eine Prüfung des Sachverhalts zusicherte?

Holtz: Ich kenne leider nicht den Vorgang, und ich kann nur wiederholen, was Herbert Wehner mir selbst zu dem Kirchenmemorandum gesagt hat: Dies sei so wichtig, daß er sich wundere, daß wir Sozialdemokraten nicht viel stärker auf dieses Memorandum rekurrierten.

HK: Sie haben als Ausschußvorsitzender insgesamt 18 Organisationen bzw. Gruppen zu dem Rohstoffhearing eingeladen, u.a. auch die Kirchen. Was versprechen Sie sich von der kirchlichen Stellungnahme in einer so speziellen Frage?

Holtz: Erstens, daß die Kirche die Erfahrungen aus dem eigenen Hearing miteinbringt, das vom katholischen Arbeitskreis Entwicklung und Frieden abgehalten worden ist. Zweitens verspreche ich mir von der Teilnahme der Vertreter der Kirchen eine nicht so auf die egoistischen Interessen abstellende Betrachtung der Rohstoffproblematik. Bei den Kirchen erwarte ich drittens, daß sie übergeordnete Gesichtspunkte miteinbeziehen und sich auch deutlich die Frage stellen, was passiert eigentlich, wenn wir hier so weiterleben und nur eine auf ideologischen Bahnen verlaufende Diskussion führen? Wo bleiben dabei eigentlich die Menschen? Denn Entwicklungspolitik bedeutet letztlich doch konkrete Politik, um eine Verbesserung der konkreten Lebensbedingungen der *Menschen* zu erreichen.